

Arbeiten an einem Windmessgerät (bei Emden): *Deutschland soll Weltmeister werden, wie*

Energien geforscht. Dornier stellte auf der Insel Pellworm eine Versuchsanlage von 17 Meter Höhe in die Nordsee-Brise. Im Binnenland zogen Bauern mit ihren Mitteln nach, setzten ausgediente Lkw-Achsen senkrecht auf ihre Scholle, brachten oben ein Windrad und unten einen Generator an – und hatten fortan ihren eigenen Strom.

Die Bundesregierung spendierte in den siebziger Jahren 200 Millionen Mark für ein „Windkraftprogramm“. Auch damals ging es gleich um einen Weltrekord: Für 90 Millionen Mark wurde, ebenfalls bei Brunsbüttel, 1981 eine „Große-Wind-Anlage“ (Growian) gebaut. Das Ungetüm am Kaiser-Wilhelm-Koog war fast genau so groß wie sein Nachfolger von 2004. Die Rotoren hatten den sensationellen Durchmesser von 100 Metern.

Der Aufwand war vergebens. Mit dem Großvorhaben hatte die Regierung ausgerechnet das Kernforschungszentrum Jülich betreut. „Wir bauen Growian“, sagte damals ein Vorstand der ebenfalls beteiligten RWE, „um zu zeigen, dass es nicht geht.“ Das gelang. Im ersten Betriebsjahr 1983 speiste die Megamühle ganze neun Stunden Strom ins Netz, 1988 wurde Growian entsorgt – und damit, so schien es, auch die Zukunftshoffnung Windenergie.

16 Jahre später gibt es in Deutschland so viele Windmühlen wie in keinem anderen Land. Und auch so viel Streit wie sonst nirgends. Auf der einen Seite stehen die Hersteller, Betreiber und Umweltminister

Trittin. Mehr, höher, stärker: Ihren Siegeszug feiern sie als großen Erfolg. „Deutschland ist Windkraftweltmeister“, jubelt der Minister.

Auf der anderen Seite hat sich eine bunte und widersprüchliche Koalition gebildet. Sie besteht aus Naturschützern und der Kernkraft- und Kohlelobby der großen Stromkonzerne. Wirtschaftsminister Clement gehört dazu, vor allem aber sind bundesweit all jene Anwohner dabei, die sich von „Windparks“, „Windfarmen“ und „Windeignungsgebieten“ regelrecht umzingelt fühlen.

Das sind Menschen wie Sonja Dollery aus Ellierode im Harzvorland-Gebiet. Seit auf dem benachbarten Hügel Windräder geplant sind, ist der Dorffrieden dahin. Fans und Gegner der Windkraft schreien sich an. Neun Grundstückseigentümer könnten an den Mühlen verdienen, sagt sie, „und 400 Menschen müssen leiden“. Die Frau ist fast verzweifelt. „Man hat bald Angst, auf die Straße zu gehen“, sagt Dollery.

So sind landauf, landab einstmals friedliche Kommunen in erbitterten Streit geraten. Auf der einen Seite stehen die Bürger, die nicht an dem Geldsegen aus Subventionstöpfen beteiligt sind, die Häuslebauer, deren Eigentum wegen der Riesenmühlen plötzlich unverkäuflich geworden ist.

Auf der anderen Seite stehen die Windparkbetreiber, oftmals Lokalhonoratioren wie pensionierte Molkereivorstände, Sparkassendirektoren oder Kommunalpolitiker,